

Amt: Amt I
Datum: 29. September 2011
Az.: I - 10.10.2011

Nr. 2011/II/889

Beschlussvorlage

Gremium	Datum	Zuständigkeit
Ausschuss für Soziales, Frauen, Jugend, Familie und Senioren Verwaltungsausschuss	10.10.2011	Vorberatung Entscheidung

Handz. Bürgermeisterin
Beteiligte Ämter: Amt I, Amt II
Amt III

Handz. Gemeindegemeinderer:

Betrifft: Weiterentwicklung der Arbeit der Gemeindejugendpflege;
hier: Präventionsarbeit und Unterstützungsarbeit an Schulen

Sachdarstellung:

Die SPD-Ratsfraktion hat mit Schreiben vom 13.03.2011 einen Antrag an den Rat der Gemeinde Edewecht bezüglich eines Konzeptes zur Präventionsarbeit an Schulen durch die Gemeindejugendpflege gerichtet. Dieser Antrag war seinerzeit nicht zur Beratung im Rat aufgrund des Unterschreitens der 2-Wochen-Frist vorgelegt worden, sondern gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses auf die nächste Sitzung dieses Ausschusses verwiesen worden.

Die SPD-Ratsfraktion wird den Antrag in der Sitzung vortragen und erläutern.

Bereits in der Sitzung des Ausschusses vom 8. März 2011 war die IST-Situation der Gemeindejugendpflege aufgrund des Antrages der CDU auf Weiterentwicklung der Gemeindejugendpflege umfassend dargestellt worden.

Es bleibt festzuhalten, dass sich das Freizeitverhalten der Kinder und Jugendlichen verändert hat. Hierzu wird auf die Ausführungen in der Vorlage zu TOP 7 der Sitzung des Ausschusses vom 08.03.2011 verwiesen.

Deutlicher Handlungsbedarf besteht unstrittig im schulischen Bereich. Die Präventions- und Kriseninterventionsarbeit an Schulen erhält immer mehr Bedeutung. Die Zahl der Problemfälle durch aggressives Verhalten, permanentes Fernbleiben von der Schule, massive Unterrichtsstörungen usw. steigt stetig. Hier wäre dem Grunde nach das Land in der Pflicht, Personal zur Verfügung zu stellen, dies ist jedoch nicht zu erwarten. Das Land zieht sich auf die Position zurück, dass eine halbe Stelle für einen Schulsozialarbeiter mit dem Schwerpunkt „Übergang Schule und Beruf“ im Hauptschulbereich gefördert wird. Dies wird den tatsächlichen Anforderungen jedoch bei weitem nicht gerecht, so dass die Gemeinde Edewecht hierauf mit einem 10stündigen Einsatz der Gemeindejugendpflege, in Person Frau

Carmen Rohe, reagiert hat. Die Erfahrungen in der nunmehr mehrjährigen Arbeit von Frau Rohe zeigen jedoch, dass dieser Stundenumfang nicht ausreichend ist. Der Vorschlag, gemeinsam mit den Schulen ein Konzept zu erarbeiten, welches den Einsatz der Gemeindejugendpflege für die Präventionsarbeit vorsieht, wird seitens der Verwaltung kritisch gesehen. Unbestritten ist der Einsatz weiterer Personalstunden für die Präventions- und Kriseninterventionsarbeit wichtig und richtig, jedoch sollte der Einsatz von der Gemeinde Edewecht koordiniert werden.

Die Vorstellung der Verwaltung geht dahin, dass Frau Rohe künftig nicht mehr in der regelmäßigen Arbeit der Gemeindejugendpflege eingesetzt wird, sondern ausschließlich der Präventions- und Kriseninterventionsarbeit an allen Edewechter Schulen zur Verfügung steht. Die hierdurch im Bereich der Gemeindejugendpflege entstehende Lücke sowie die insgesamt sich abzeichnende Unterversorgung im jugendpflegerischen Bereich im Vergleich zu den Ammerlandgemeinden und der Stadt Westerstede sollte durch Neueinstellung von zwei Jugendpfleger/innen mit einem Stundenvolumen von jeweils 20 Wochenstunden aufgefangen werden.

Der Einsatz dieser „neuen“ Kräfte wäre vorgesehen zum einen für den Standort Osterscheps und zum anderen für den Standort Jeddelloh II. An beiden Orten sind Jugendräume zu begleiten, die weitere Arbeitszeit stünde z.B. für aufsuchende Jugendarbeit zum einen im westlichen, zum anderen im östlichen Gemeindegebiet zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindejugendpflege in Edewecht wird dahingehend weiterentwickelt, dass für die Präventions- und Kriseninterventionsarbeit an allen Edewechter Schulen eine Kraft der Gemeindejugendpflege mit mind. 19,5 Wochenstunden eingesetzt wird. Darüber hinaus soll eine Stelle für Jugendpfleger/innen mit einem Wochenstundenumfang von mind. 39 Stunden geschaffen werden, welche wahlweise mit einer oder zwei Kräften besetzt werden könnte. Der Einsatz der neuen Kräfte erfolgt gemäß der vorgestellten Neukonzeption.

Finanzierung:

Für die Schaffung einer weiteren Stelle mit einem Stundenumfang von insgesamt mind. 39 Wochenstunden sind Finanzmittel in Höhe von rd. 38.900,00 € (Arbeitgeberbrutto) zu erwarten. Die notwendigen Haushaltsmittel wären über den Haushalt 2012 zukünftig zur Verfügung zu stellen. Unabhängig von der Neuschaffung der Stelle wird seitens der Verwaltung versucht werden, Fördergelder für Projekte in der Jugendpflege zu erhalten. Aufgrund der Tatsache, dass der Stellenmarkt im Bereich der Sozialarbeit stark in Anspruch genommen wird, wird es evtl. schwierig sein, die Stelle mit zwei Fachkräften halbtags zu besetzen. Es könnte daher angezeigt sein, die Stelle mit einer Vollzeitkraft zu besetzen, um qualifizierte Kräfte zu erhalten.

Anlagen:

Antrag der SPD